

Foto: www.istockfoto.com; © Skip O'Donnell

Linke Hegemonie? Die Krise des Neoliberalismus nutzen

Einleitung zum Schwerpunkt

von Cordula Drautz
und Thilo Scholle



» „Der Neoliberalismus ist gescheitert, das System fährt gegen die Wand“ – diese und ähnliche Analysen finden sich seit dem Ausbruch der Finanzkrise zunehmend als Kommentare in Medien des politischen Mainstreams und nicht nur in den Analysen linker PolitikerInnen und Parteien. Dass kapitalistische Systeme krisenanfällig sind, ist keine neue Erkenntnis. Dass diese Krisen in der Folge nicht zwangsläufig in einen Verlust der gesellschaftlichen Legitimität der Wirtschaftsordnung führen, hat die radikalreformistische Linke in den letzten einhundert Jahren immer wieder erfahren müssen. Auch in der aktuellen Krise ist offen, wie sich die politische und gesellschaftliche Regulierung von Ökonomie weiter entwickelt. In spw 1/2009 haben wir diskutiert, wie ein globaler „New Deal“ für wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung aussehen kann. Ob es gelingt, ein solches anderes Regulierungsmodell für den Kapitalismus an die Stelle der bisherigen neoliberalen Orientierung zu setzen, wird von der Strategie- und Hegemoniefähigkeit der Linken abhängen. Zwar hat in den letzten Monaten Kritik an „Gier und Habsucht“ der Manager die politische Debatte bestimmt. Auch Zeitungen des (wirtschafts-)politischen Mainstreams wie die „Zeit“ begannen die Frage nach Zustand und Zukunft des Kapitalismus zu diskutieren.

Ein kurzer Blick auf die Situation der politischen Debatte in Deutschland lässt jedoch erwarten, dass dieses kurze systemkritische Intervall bald wieder vorbei sein wird. Fortschritte bei der Regulierung von Finanzmärkten sind bislang nicht erfolgt. Die Rettung der in Schieflage geratenen Banken erfolgt unter enormem öffentlichem Kapitalaufwand, ohne zugleich ernsthafte öffentliche Einflussmöglichkeiten auf die Banken selbst zu schaffen. Die Lageanalysen des konservativen und liberalen Lagers beginnen zudem wieder die Parole zu verbreiten, dass es nach einigen kurzen Reparaturakten bald wieder zum Status Quo ante der ökonomischen (Nicht-)Regulation zurückgehen soll.

Dass ein politisches Projekt nicht durch schlichte Parlamentsbeschlüsse und anschließendes Verwaltungshandeln umgesetzt werden kann, ist eine banale Erkenntnis. Das neoliberale Reformprojekt der letzten Jahrzehnte wurde lange politisch und ideologisch vorbereitet. Mit entscheidend war, dass die konkret vorgeschlagenen politischen und ökonomischen Maßnahmen auf breite Zustimmung der gesellschaftlichen Eliten bis in Parteien und Akteure der klassischen Arbeiterbewegung hinein stießen.

Ein solcher Prozess funktioniert nicht von selbst. Mit den Arbeiten Antonio Gramscis wird die Erkenntnis über die wichtige Rolle der Auseinandersetzungen um Hegemonie und gesellschaftliche Deutungshoheit in der „Zivilgesellschaft“ für die Erlangung und den Ausbau von gesellschaftlicher Herrschaft verbunden.

» Für die Linke muss es daher nun darum gehen, eine Diskussion darüber zu führen, welcher ideologische Rahmen angesichts der Krise zum Schmieden gesellschaftlicher Mehrheiten für einen sozialen und ökologischen „New Deal“ zu schaffen ist.

Es fällt auf, dass sich im aktuellen kritischen politikwissenschaftlichen Schrifttum zwar eine breite Palette an Arbeiten zur Entwicklung des Neoliberalismus findet, aber kaum Arbeiten zu Ideologie und Strategie für einen „New Deal“ in Europa. Meist werden schlüssig die Grundannahmen zu Ideologieproduktion und der Wichtigkeit gesellschaftlicher „Gegen-Hegemonie“ zur Absicherung eines Fortschrittsblocks skizziert, um dann als konkrete Beispiele Berichte über linke Reformprojekte in Lateinamerika zu benennen. Der Transfer, in wie weit bspw. kommunale Initiativen aus Buenos Aires für die politische Situation in Deutschland relevant werden können, wird in der Regel nicht geleistet.

Neoliberale ökonomische und gesellschaftliche Vorstellungen sind gerade nicht deshalb mehrheitsfähig geworden, weil sie aus den gesellschaftlichen

Nischen „widerständiger Praxis“ nur durch ihr nachahmenswertes Beispiel selbst in den politischen Mainstream gelangt sind, sondern weil es Akteuren sehr nüchtern und strategisch gelungen ist, bestimmte gesellschaftliche und ökonomische Veränderungsprozesse wahrzunehmen und daraus Konsequenzen für das eigene politische Handeln abzuleiten. Der Mont-Pèlerin-Society als eine ideologische Keimzelle neoliberalen Gedankengutes gelang es, auf der Grundlage eines klaren Gesellschaftsbildes und mit dem Ziel seiner Durchsetzung Antworten auf die ökonomischen Krisen der 1970er Jahre zu geben.

» Für die politische Linke wäre es jetzt der entscheidende Schritt, auf der Grundlage ihres Gesellschaftsbildes einen ähnlichen Selbstverständigungsprozess darüber einzuleiten, was jetzt die politische Agenda bestimmen müsste und wie dafür gesellschaftliche Mehrheiten gefunden werden können.

Natürlich mag es ein Ansatz sein, Gegen-Hegemonie gewissermaßen „von unten“ in den politischen Prozess hineinlaufen zu lassen. Dies würde die Akteure allerdings auch der Aufgabe entheben, sich über politische und gesellschaftliche Strategie und Taktik Gedanken zu machen. Die Zeit würde demnach dann schon irgendwann der Idee zur Wirkungsmächtigkeit verhelfen. So einfach ist es aber nicht. Die Strukturen gesellschaftlicher und politischer Kommunikation sind komplex. Zwar ist es richtig, dass u.a. mit den Weltsozialforen und den Protesten gegen die G-8 globale Vernetzungen und Diskussionsprozesse entstanden sind, die auch Impulse für die weitere Diskussion um die Ausgestaltung der Weltpolitik liefern. Nur – tatsächliche politische Entscheidungen konnten diese Bewegungen bislang nicht erreichen. Auch beim Blick auf die Diskurse in der Zivilgesellschaft selbst fällt auf, dass Meinungen aus dem politischen Mainstream hier nach wie vor deutlich dominieren.



Die aktuellen Beispiele des globalisierungskritischen Bewegungsdiskurses zeigen also gerade, wie viel Platz in den Nischen des Kapitalismus für andere Meinungen und Konzepte ist, ohne die Funktionsweise des Systems auch nur annähernd zu beeinflussen. Böse gesagt – Bob Geldorf und Bono erreichen mit einem Konzert vor den Mächtigen der Welt möglicherweise mehr politische Entscheidungen für einen Abbau des Hungers in Afrika als viele andere Kampagnen zusammen.

Auszubuchstabieren wäre also, welches Verständnis von politischen und gesellschaftlichen Zuständen eigentlich über die Soziallandkarte der Milieus in Deutschland verteilt vorherrscht. Was sind die Parameter, anhand derer politisch wünschenswertes bewertet oder formuliert wird? Wie ist die aktuelle politische Hegemoniekonstellation beschaffen, wer sind die Träger, auf welche materielle und ideologische Basis beziehen sie sich?

Was sind eigentlich momentan die herrschenden Welt- und Wertanschauungen in der Zivilgesellschaft? An welche kollektiven Einstellungen und Wahrnehmungen gesellschaftlicher Realitäten müsste ein Reformprojekt anschließen, um wirkungsmächtig zu werden? Welche gesellschaftlichen Institutionen gilt es zu besetzen, welche gesellschaftlichen Gruppen gilt es anzusprechen, um eine neue Reformkoalition zu schmieden?

Welche Gruppen könnten die Träger einer neuen Reformkonstellation sein? Wer ist „revolutionäres Subjekt“ des beginnenden 21. Jahrhunderts? Die bundesdeutsche Milieulandschaft ist breit erforscht und auch in spw diskutiert worden. Für unseren Rahmen muss es um mehr gehen. Nicht die Frage, wie aktuell gesellschaftliche Milieus beschaffen sind, sondern welche Milieus eigentlich politischen Fortschritt in unserem Sinne unterstützen können.

Was sind in Zeiten einer enormen technischen und inhaltlichen Diversifizierung der Kommunikationsmedien (Stichwort Internet, Youtube, etc.) die medialen Transporteure politischer Botschaften? Wer sind die modernen Ideologieproduzenten? Sind die Beispiele aus den Texten Gramscis (z.B. Kirchen und Universitäten) noch aktuell? In welcher Weise?

Zwar gelingt es der Partei in Wahlkämpfen durchaus noch, bestimmte Zielgruppen anzusprechen, FacharbeiterInnen, GewerkschafterInnen, Frauen, MigrantInnen. Dies jedoch vor allem deshalb, weil andere Kräfte nach wie vor nicht in der Lage sind, dort einzubrechen. Zugleich ist zu konstatieren, dass diese Ansprache jedes Jahr weniger Wählerinnen und Wähler erreicht. Und – entscheidender – es kaum noch gelingt, selbst diese „Kerngruppen“ des sozialdemokratischen Elektorats in Parteiarbeit einzubinden oder mit ihnen im Umfeld der Partei zusammen zu arbeiten.

» Kurz: Es muss über eine neue Rollenverteilung in Deutschland zwischen politischen Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, kritischer Wissenschaft, Publizistik und über die Themen gesprochen werden, die gemeinsam ein Konzert des linken Wandels spielen könnten. Dabei wird es nicht darum gehen, eine gemeinsame politische Linie aller denkbaren Akteure zu definieren. Diese ist real wohl kaum organisierbar, und im Ergebnis auch nicht nötig. Entscheidend ist vielmehr, einen Blick dafür zu entwickeln, welcher Akteur jeweils für sich welchen Beitrag leisten könnte. Dies führt zu der Frage, welchen Beitrag eigentlich die Sozialdemokratie selbst in diesem Prozess leisten kann.

In den Blick zu nehmen sind dabei mehrere Punkte: Die gesellschaftsstrukturelle Analysefähigkeit der Partei erscheint nahezu vollständig ausgebrannt. Zwar treten auf einschlägigen Tagungen von Partei und Fraktion durchaus immer wieder interessante WissenschaftlerInnen auf, bei genauerer Betrachtung fällt jedoch ins Auge, dass es fast immer dieselben sind. Ganz offensichtlich ist die

SPD und ihre Politik kein Thema mehr, an dem sich junge kritische WissenschaftlerInnen orientieren. Sie werden von der Partei aber auch nicht angesprochen und in strategische Debatten einbezogen. Die Folge ist ein politisches Agieren, das die eigenen Handlungen kaum vor einem größeren politischen Hintergrund erklären kann. Ein Teil der Führungsschicht der SPD hat sich in den letzten Jahren sogar so radikal von „Ideologie“ getrennt, dass auch eine Abkoppelung von wissenschaftlichen Debatten erfolgt ist.

» Die SPD muss deshalb dringend wieder einen Blick auf gesellschaftliche Strukturen gewinnen. Voraussetzung ist, dass sie sich von der Vorstellung verabschiedet, es ließen sich gewissermaßen „neutrale“ und objektiv allen Menschen dienende politische Angebote schaffen. Dass dies nicht möglich ist, ist eine Binsenweisheit. Nur so lässt sich aber tatsächlich definieren, wem bestimmte politische Projekte eigentlich nützen, und welche Gruppen daher auch bei ihren eigenen Interessen abgeholt werden können. Der zweite Schritt wäre dann die Beantwortung der Frage, welche ideologischen Elemente nötig wären, um auch an die Alltagswahrnehmung der Menschen anzudocken.

Der „Neoliberalismus“ als Ensemble aus Ideologie und politisch-ökonomischen Regulationsmechanismen ist nach wie vor wirkungsmächtig, und dies bis weit in die Gruppe der sozialdemokratischen Entscheidungsträger hinein. Die Komplexität makroökonomischer Zusammenhänge dient nach wie vor als Legitimation für vermeintlich einfache Lösungsvorschläge wie der Einbau einer Schuldenbremse in das Grundgesetz. Die Wiederentdeckung keynesianischer Politik ist rein finanzmarktorientiert. Weder die Güter- und Dienstleistungsmärkte noch die Arbeitsmärkte werden ausreichend in den Blick genommen. Dabei werden die Auswirkungen der Krise hier vermutlich das realste politische Protest- und Handlungspotenzial generieren. Hier schlägt der gescheiterte Finanzkapitalismus seine größten und spürbarsten Wunden.

Zugleich besteht jedoch eine „Goldene Gelegenheit“, eine Gegenideologie zu setzen. Die Aussage, man könne keine Wirtschaftspolitik gegen die Wirtschaft machen (Gerhard Schröder) ist in ihrer Alternativlosigkeit zunehmend in Zweifel gezogen. Heute können auch ökonomische Nicht-Experten ihren Frust und ihr Unverständnis personalisieren, wie die – die tatsächlichen Hintergründe der Krise natürlich nur äußerst unzureichend erfassende – Kritik an „gierigen Bankern und Managern“ zeigt. Dies geht zwar nicht an die Wurzeln des Systems, eröffnet aber ein Artikulationsfenster für eine weitergehende systemkritische Debatte.

Das Paradoxon der sich selbst ausbeutenden ArbeitnehmerInnen im Zuge der kapitalistischen Krise muss politisch artikuliert werden. Jede Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung, Lohnverzicht, Aussetzung der Tarifverträge ist einzelbetrieblich nachvollziehbar. Die Sozialdemokratie muss aber heute schon beginnen, die Kurzfristigkeit dieser „Lösungen“ zu artikulieren und auf strukturelle Veränderungsnotwendigkeiten hinweisen.

» Die Diskussion über die Rolle des Staates gehört ins Zentrum der politischen Debatte. Der Staat ist kein neutraler Akteur. Verfolgt er bei der Debatte um die Privatisierung der DB AG eine dem Gemeinwohl entgegenstehende Politik, wird er gleichzeitig rhetorisch als heilbringende Institution, z.B. als Bankeneigner, Energienetzbesitzer etc. überhöht. Entscheidender als die Frage nach Verstaatlichung ist die Frage der Vergesellschaftung – die Demokratisierung des ökonomischen Unterbaus. Das Investitionsmonopol des Kapitals (wo, was und wann investiert wird) ist nach wie vor ungebrochen. Die Debatte um Opel kann ein Fenster für die Frage öffnen, ob Mitarbeiterbeteiligungen im kleinen oder größeren Maßstab (Deutschlandfonds) durchsetzbar sind und damit eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft einhergeht.



Ein Blick in die aktuelle deutsche politische und wissenschaftliche Publizistik macht deutlich: Ein Kernfeld politischer Strategieentwicklung, das im angelsächsischen Raum seinen Niederschlag in unzähligen ThinkTanks, Lobbygruppen und Beraterstäben findet, ist im linken deutschen politischen Kontext nahezu unbearbeitet. Auch der Blick nach Lateinamerika als ein Experimentierfeld gegenhegemonialer politischer Praktiken wird kaum gewagt.

Mit dem vorliegenden Schwerpunkt wird der Versuch unternommen, einige Aspekte gegenhegemonialer Strategien in den Blick zu nehmen. Auch wenn im Superwahljahr 2009 eine reflektierte Debatte um die eigene politische und gesellschaftliche Aufstellung wenig Raum bietet – ein Vertagen der Debatte auf die Zeit nach der Bundestagswahl wäre für die strategische Erschließung des heute politisch Machbaren fatal. ■

☞ Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin und ist Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Thilo Scholle, Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund, ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Der Durchblick im Dschungel der Sicherheitspolitik



„... eine Gesamtschau auf den sicherheitspolitischen Aktivismus der letzten Jahre, die beklemmend ist.“ *(dpa)*

„Ein wertvoller, ja beinahe unentbehrlicher Beitrag zur Diskussion um Sicherheit und Freiheit.“ *(Dr. Jürgen Kübling, Bundesverfassungsrichter a.D.)*

Gustav Heinemann-Initiative & Humanistische Union (Hrsg.):
Graubuch Innere Sicherheit. Die schleichende Demontage des Rechtsstaates nach dem 11. September 2001. Norderstedt/Berlin 2009, Books on Demand, 240 S., 14 €. ISBN-13: 978 3 83709 003 1.

Zu beziehen über den Buchhandel oder Online unter:
www.humanistische-union.de/shop/buecher/.

Aus dem Inhalt: Antiterrordatei, Befugnisse der Geheimdienste, Aus- und Einreiseverbote, Bankdatentransfer, Biometrische Daten, Datenbanken, Demonstrationsverbote, Europäische Zusammenarbeit, Geldwäsche, IMSI-Catcher, Kontenabfragen, Luftsicherheit, Passagierdatentransfer, Rasterfahndung, Sicherheitsüberprüfungen, Steueridentifikationsnummer, Terrorismusbekämpfungsgesetze, Terrorlisten, Telekommunikationsüberwachung, Vereinsverbote, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, Zuwanderung.

Humanistische Union e.V. • Greifswalder Straße 4 • 10405 Berlin
E-Mail: info@humanistische-union.de • www.humanistische-union.de

Chancen eines neuen „New Deal“: Perspektiven eines wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Umbaus

von Michael Vester

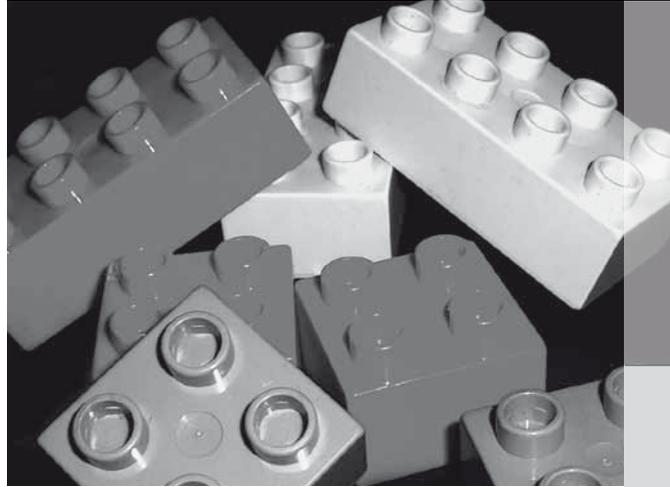


Foto: www.pixelio.de; © Sternschnuppe

□ 1. Der Mythos der Exportweltmeisterschaft

» » „Ich möchte, dass dieses Land weiter Exportweltmeister bleiben kann.“ – Dies verkündete die deutsche Kanzlerin, Angela Merkel, am 22. März 2009 in der Sendung bei „Anne Will“. Zwei Tage später folgte in der ‚Frankfurter Rundschau‘ ein Kommentar von Robert von Heusinger, gleichzeitig ein Meisterstück pointierter Krisenerklärung:

„Dieser ... Wunsch war der absolute Tiefpunkt der Talkshow – zumindest aus volkswirtschaftlicher Sicht. Erstens kann sich Deutschland für den Titel ‚Exportweltmeister‘ herzlich wenig kaufen. Er sagt nichts über den Wohlstand im Land aus. Zweitens überrundet China Deutschland sowieso. Drittens und am wichtigsten: Gerade die Fixierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf den Export hat die Krise verschärft. Zum einen, weil es Deutschland jetzt stärker trifft als Länder, die eine ausgewogene Struktur zwischen Binnen- und Außennachfrage haben. Zum anderen, weil die globalen Ungleichgewichte, deren Spannung sich jetzt entlädt, viel mit Staaten zu tun haben, die über ihre Verhältnisse gelebt haben wie Amerika, England oder Spanien. Aber spiegelbildlich gab es Staaten wie Deutschland,

China und Japan, die unter ihren Verhältnissen gelebt haben, zu viel gespart und deshalb horrende Leistungsbilanzüberschüsse aufgehäuft haben. Die Krise müsste selbst die Kanzlerin gelehrt haben, dass weder das eine noch das andere Geschäftsmodell nachhaltig ist.“

In der gleichen Zeitung hatte bereits am 13. März Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall, die ja gerade die Arbeitnehmergruppen der Exportindustrien vertritt, dem kurzsichtigen Wunsch des „Weiter so!“ eine Abfuhr erteilt. Auf die Frage „Wie sieht die deutsche Industrie nach der Krise aus?“ antwortete er:

„Die industriellen Strukturen werden anders als heute aussehen: Wir werden nie mehr so hohe Exportüberschüsse haben, weil andere Staaten unsere Überschüsse nicht mehr hinnehmen werden. Die gesamte Wirtschaft und auch die industrielle Produktion muss sich stärker auf den Binnenmarkt orientieren.“

Die IG Metall teilt nicht die Exportillusion. Es ist ihr nicht genug, wenn die eingebrochenen Exportindustrien jetzt mit Abwrackprämien und Steuer-senkungen angekurbelt werden, um die Zeit bis zu dem optimistisch bis 2010 erwarteten Krisenende



zu überbrücken. Die IG Metall denkt an die langfristige Strukturwende zur Binnenmarktstärkung. Die Bundesregierung dagegen fährt „auf Sicht“, handelt sich ohne langfristige Perspektive von Situation zu Situation. Noch im September 2008 hatte Finanzminister Steinbrück geprahlt, dass die Finanzkrise nicht auf die Realwirtschaft überspringen werde. „Diese verbreiteten Sado-Maso-Tendenzen sind mir ein Rätsel.“ Tatsächlich könne „von einer Rezession keine Rede sein“, sondern nur von „einer konjunkturellen Eintrübung“. Wer diese mit einem Konjunkturprogramm bekämpfe, „verbrennt lediglich Steuergeld.“ Durch den Druck starker innerer und internationaler Akteure sieht sich Berlin zu Ansätzen einer Nachfragestärkung genötigt. Aber ihr fehlt jede Nachhaltigkeit und jedes System.

Der Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman spricht von der „know-nothing-Rhetorik“ des deutschen Finanzministers. Nach Ansicht der Regierung kann man in der Tat nicht wissen, wie die weitere Entwicklung abläuft, und muss daher abwarten, ob die jetzigen Konjunkturspritzen Wirkung zeigen. Langfristige Strukturreformen des deutschen Wirtschaftsmodells werden nicht einmal in Erwägung gezogen. Die Handlungslogik der Politiker ist oft kurzfristig, ihre Perspektive reicht kaum weiter als bis zur nächsten Wahl. Die Handlungslogik der korporativen Interessenorganisationen ist anders. Sie können ihren langfristigen Bestand als Großorganisationen und die langfristige Entwicklung ihrer Mitgliederpotentiale nicht aufs Spiel setzen. Selbst wenn eine längere Rezession verhindert würde, blieben die tiefer gehenden Strukturprobleme bestehen. Sie können nur durch eine wirtschaftliche Konversion, eine Umstellung vom Hyperexport auf mehr Inlandsnachfrage bewältigt werden.

Dazu reicht es nicht, die wirtschaftliche Mobilisierung nur als ein technisches Problem anzusehen, das dadurch zu lösen ist, dass Konsumenten und Staat „mehr Geld in die Hand nehmen“, wie es heißt. Es muss vielmehr in den Umbau der Erwerbsstruktur als ganzer investiert werden. Die bisher dominierten wirtschaftlichen und öffentlichen Akteure müssen durch eine Neuverteilung der Kar-

ten, einen New Deal, als Gegenmächte gestärkt werden. Sie müssen nicht als parasitäre Subventionsempfänger, sondern als wirtschaftliche Produktivkräfte verstanden werden, die das Geld nicht als verlorenen Transfer, sondern als produktive Investition in eine sich selbst tragende Dynamik der Gesamtwirtschaft nutzen.

Wie eine solche Konversion durch Gegenmächte aussehen kann, lässt sich an den Wegen sehen, auf denen die von der großen Depression der 1930er Jahre betroffenen Länder in einen neuen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsschub gelangt sind.

□ 2. Die Akteure des historischen New Deal

» Wer die Konflikte um die Entwicklungsalternativen des Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 studiert, wird rasch feststellen, dass diese Kämpfe nicht zwischen den Klassen als ganzen, zwischen den geeinten Interessen des Kapitals und den geeinten Interessen der Arbeiterklasse ausgefochten wurden. Entscheidend war, dass es Interessenkoalitionen über die Klassengrenzen hinaus gab. Innerhalb jeder Klasse standen sich kurzfristig und langfristig denkende „Fraktionen“ gegenüber. Erst nach barbarischen Umwegen und einem weiteren Weltkrieg haben sich die langfristig denkenden Klassenfraktionen beider Seiten durchgesetzt und schließlich in allen fortgeschrittenen Ländern gemeinsam ein ausgleichendes Sozialmodell entwickelt, in dem die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen und die sozialen Staatsausgaben wachsen sollten, um genügend Nachfrage nach Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräften zu schaffen.

Hauptträger der langfristigen Perspektive (die heute unter dem Namen „Nachhaltigkeit“ wiederkehrt), waren die großen Kapitalgesellschaften und die großen Gewerkschaften. Ihr Weitblick war nicht das Ergebnis weiser Einsicht oder der Lektüre von Keynes. Er war das Ergebnis des dumpfen Drucks ganz untheoretischer institutioneller Not-

wendigkeiten, der „institutional rigidities“, wie es keynesianische Ökonomen nennen. Ihr ökonomisches und organisatorisches Kapital in der Realwirtschaft war zu groß und zu risikofähig, als dass es ein rasches, trägheitsfreies und flexibles Reagieren auf Marktschwankungen erlaubte (wie dies der Logik der Börsenspekulation entsprochen hätte). Aus dem Interesse an langfristigen, kalkulierbaren Bedingungen drängten sie nach 1929 die Einflüsse des spekulativen Aktionärskapitals, das kurzfristig und risikofreudig handeln kann, zurück. Da kamen die keynesianischen Theorien gerade recht.

Das sozialpolitische Konzept der neuen hegemonialen Interessenkoalition, der von Großorganisationen kontrollierte Wohlfahrtsstaat, war in sich widersprüchlich. Einerseits stabilisierte es den Kapitalismus, indem er die ihm innewohnenden Risiken der Nachfrage- und Kapitalvernichtung und explosiver Klassegegensätze bremste. Andererseits stärkte es auch die Chancen der gewerkschaftlichen Gegenmacht durch Erweiterung der Rechte der ArbeitnehmerInnen auf Schutz und auf Mitbestimmung. Ein Beispiel dafür war der amerikanische New Deal der 1930er Jahre, der die Karten der Akteursgruppen neu verteilte. Ein anderes Beispiel war der gleichzeitig entstehende schwedische Wohlfahrtsstaat.

Die Regulierungsmechanismen des „organisierten Kapitalismus“, der nun den „Laissez-faire-Kapitalismus“ ablöste, stärkten die Rechts- und Verhandlungsposition der schwächeren Marktparteien und Sozialgruppen aber nur ein Stück weit. Sie bezogen überall die Gewerkschaften ein, bis zu einem gewissen Grade auch die mittleren und kleinen Unternehmen sowie die Kommunen und Regionen, in geringerem Maße aber die Frauen, die Alten und die Zuwanderer und nur sehr minimal die gering qualifizierten, unterprivilegierten Klassenmilieus. Der Kreis der Akteure, die an den wohlfahrtsstaatlichen Arrangements teilhaben konnten, war nach Ländern verschieden groß, je nach den Machtverhältnissen, die sich auf ihren verschiedenen „nationalen Entwicklungspfaden“ historisch herausgebildet hatten (Esping-Andersen). Am größten war

die Reichweite sozialer Integration auf dem „skandinavischen Pfad“, der sozialdemokratischen Variante des Wohlfahrtsstaats, die u.a. die Frauen und Unterprivilegierten entschiedener gleich stellte. Geringer war sie in der konservativ-kontinental-europäischen Variante, die z.B. am Alleinverdienermodell der patriarchalischen Familie und an der stigmatisierenden Sozialfürsorge festhielt. Am geringsten war er im angelsächsisch-liberalen Wohlfahrtsstaat, in dem die sozialen Risiken nur minimal und eher privat als öffentlich abgesichert waren.

Gleichwohl erkämpften die Gewerkschaften in den Wachstumsjahren bis nach 1970 ein Aufrücken der arbeitenden Klasse in Standards der sozialen Mitte, die zuvor den „besseren Angestellten“ und dem „Kleinbürgertum“ vorbehalten gewesen waren. Dies waren Standards nicht nur des Konsums und der Einkommen, sondern auch der Gesundheit, der Bildung und der ökonomischen Schutz- und Mitwirkungsrechte. Die Mittelschicht wurde arbeitnehmerisch, aber mit gesichertem Sozialstatus. Diese Sicherheit steht seit der neoliberalen Wende sozialdemokratischer Führungen heute wieder auf dem Spiel.

□ 3. Zwei Herausforderungen: „Achtundsechziger“ und „Neoliberale“

Die Unterschiede der nationalen Integrationsreichweiten verwiesen von Beginn auf die Schwachstelle des Modells. Es vernachlässigte die schwächer organisierten Interessen, die erst seit Ende der 1970er Jahre ihren Aufschwung nahmen. Das Aushandlungssystem funktionierte als Kartell der „starken Interessen“ und über das „korporative Dreieck“ zwischen (Groß-)Unternehmen, (Groß-)Gewerkschaften und (Zentral-)Staats-exekutive. Damit funktionierte es auch neben der parteipolitisch-parlamentarischen Willensbildung. Dies hatte auch Vorteile: Wichtige Grundlegungen des historischen Sozialmodells der BRD sind von gewerkschaftlichen Bewegungen bis in die frühen sechziger Jahre direkt erkämpft worden, als die SPD noch nicht Regierungspartei war. Nicht alle

Gewerkschaften waren erstarrte Organisationen. Viele entwickelten eine hohe Mobilisierungskraft. Dies galt wieder besonders für die IG Metall. In ihren großen Streiks nach 1945 ging es keineswegs immer und nur um materielle Umverteilung, sondern um „postmaterielle“ Ziele (die bürgerliche Denker zu Unrecht bei den Gewerkschaften vermissen). Es ging um Partizipation, Gegenmacht und Lebensqualität, die rechtlich und/oder vertraglich institutionalisiert wurden: Mitbestimmung, Betriebsräte, individuelle Rechte, Vierzigstundenwoche und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die IG Metall gehörte zu denjenigen Gewerkschaften, die gerade die moderne „Klassenfraktion“ repräsentierte, d.h. die weniger konservativen Teile der arbeitenden Klassen, denen es schon nach dem Arbeitsethos ihrer Berufsmilieus vor allem um Autonomie geht, d.h. um eine Selbstbestimmung, die sich durch gute Ausbildung und Arbeit, Solidarität und Achtung vor den anderen, unabhängig von Geschlecht, Alter und ethnischer Herkunft, definiert. Diese Politik wurde getragen von der klassischen Facharbeiterintelligenz und dem aus ihr stammenden Vorsitzenden, Otto Brenner, der die Kämpfe um partizipatorische Gegenmacht inspiriert hatte.

Der nächsten Generation allerdings, die sich in den sozialen Bewegungen der 1960er Jahre engagierte, reichte diese Politik der Großorganisationen nicht aus. Der korporative Konsensus wurde herausgefordert durch den Aufstieg neuer „postmaterialistischer“ Bewegungen für ökologische und soziale Nachhaltigkeit, für die Gleichstellung von Frauen und MigrantInnen und für die Verbraucherinteressen. Sie verlangten nicht nur die stärkere Repräsentation ihrer Interessen, sondern auch ihre eigene direkte Mitwirkung im betrieblichen und lebensweltlichen Alltag: eine *partizipatorische Demokratie*. Der Druck, den diese neu mobilisierten sozialen Gruppen von außen und auch von innen ausübten, führte bei einigen Großorganisationen zu einer rigorosen Abwehr, bei anderen zu einer zögerlichen Öffnung gegenüber den neuen sozialen Bewegungen. Besonders die moderneren und jüngeren Milieus sahen sich von und in den Großorganisationen nicht mehr hinreichend reprä-

sentiert. Das auffälligste Symptom dieser „Krise der politischen Repräsentation“ war die Lockerung der Bindung der Mitglieder an Parteien, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften.

Gleichzeitig gerieten die Großorganisationen an einer anderen Front in die Defensive. Der korporative Konsensus wurde durch neokonservative und neoliberale Gegenkräfte herausgefordert, die in den „68er Bewegungen“ eine bedrohliche Gefahr für Recht und Ordnung sahen, die Bestrebungen einer direkteren demokratischen Partizipation neutralisieren und zugleich die nach 1929 verlorene internationale Hegemonie des Finanzmarktkapitals wieder herstellen wollten. Unter diesem langfristig aufgebauten Druck wandelten sich nicht wenige führende rot-grüne Politiker zu Vertretern sozialdemokratischer und grüner Varianten des Neoliberalismus, symbolisiert von der „Agenda 2010“ und „Hartz IV“.

Damit gerieten sie erst recht in die „Repräsentationskrise“, mit horrenden Verlusten an Mitgliedern und WählerInnen und im Jahre 2005 auch der Abwahl der rot-grünen Koalitionsregierung. Diese führten aber nicht zu einem Umlenken. Nicht einmal die am 15. September 2008 ausgelöste Finanzmarktkrise, die das Fiasko der neoliberalen Deregulierungspolitik allen offenkundig machte, bewirkte dies. Erst der wachsende Druck aus dem inneren und dem internationalen Feld der Akteure führte zu etwas Bewegung. Ein New Deal, in dem die Kräfteverhältnisse zwischen den Akteuren neu verteilt werden, ist noch nicht in Sicht, wird aber versucht. Es ist daher sinnvoll, die Veränderung des Akteursfelds direkter ins Auge zu fassen, insbesondere der sozialen Klassen, da diese gleichzeitig das wirtschaftliche und das politische Subjekt der Gesellschaft sind.

□ 4. Sozialstruktur: Berechenbare Entwicklungstrends?

Genau genommen sind die Gruppen des Erwerbssystems, die sog. Erwerbsklassen nach Max Weber, nicht völlig deckungsgleich mit den Gesellschaftsklassen. Denn diese hängen ja nicht nur ökonomisch, sondern auch durch eine bestimmte Kultur und Milieubildung im Alltagsleben zusammen. Nur ein Teil der Milieugehörigen ist überhaupt erwerbstätig. Doch wer es ist, gehört in der Regel einem für das Klassenmilieu „typischen“ größeren Berufsfeld an, auf das Bildungswege, Lebenswege und Lebensführung von Kindheit an ausgerichtet werden. Berufsfeld und Lebensführung sind immer noch nachhaltig, wenn auch oft flexibel, miteinander verknüpft. Es ist nach wie vor sinnvoll, von der Berufsstruktur als einem Hauptanker der Klassenzugehörigkeiten auszugehen.

Allerdings kommt es darauf an, diese Berufsfelder auch sinnvoll abzugrenzen und als Teile der Gesamtgliederung und der sozialen Arbeitsteilung einander zuzuordnen. Das fortgeschrittenste – und transparenteste – Modell dafür ist das des schweizerischen politischen Soziologen Daniel Oesch (s. Abb. 1/2). Durch klarere Gliederung gelangt er zu Gruppen, die in sich homogener sind und deren Handeln und Entwicklung daher besser vorausgesagt werden kann.

So wurden „die Dienstleistungen“ (ähnlich wie „die Angestellten“) bisher als ausgesprochen heterogene Misch- und Restkategorie gehandhabt, in der kaufmännische, technische und humandienstleistende Berufe aller Art zusammengewürfelt waren. Man hatte damit zwar eine enorm wachsende Großgruppe, mit der man das „Ende der Industriegesellschaft“ dramatisch beschwören konnte. Eine eindeutige Entwicklungsrichtung konnten die Theoretiker der „postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft“ jedoch auf Grund der Verschiedenartigkeit der Gruppen nicht angeben. Oesch zerlegte die bisherigen Mischgruppen in siebzehn in sich relativ homogene „Erwerbsklassen“ und ordnete sie neu auf zwei logischen Achsen

an. Vertikal werden sie vier Stufen des Qualifikations- und Machtrangs zugeordnet, horizontal den vier nach Funktion und vorherrschender Arbeitslogik definierten Sektoren (Abb. 1).

Auf den beiden Achsen lassen sich die wichtigen Bewegungen und Trends des „Gesamtarbeiters“, wie Marx es nannte, darstellen. Allerdings müssen wir, wie Esping-Andersen fordert, die Arbeit außerhalb des Erwerbssystems, insbesondere die Familienarbeit, hinzunehmen, da diese einen engen Wirkungszusammenhang mit der Arbeitsteilung im Erwerbssystem hat. Es sind gerade die traditionellen „Frauenarbeiten“, die in bestimmten Wohlfahrtsstaaten aus den Familien in die Humandienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Soziales) verlagert werden, also wachsende neue Beschäftigungsfelder auf dem Arbeitsmarkt schaffen.

Nach dem Modell von Oesch lässt sich die Entwicklung der Erwerbsstruktur und damit der Klassenstruktur mittels der internationalen Berufsgruppenstatistik transparent machen, wobei die geschlechtliche Arbeitsteilung wenigstens durch die Frauenanteile je Berufsgruppe (Abb. 1) abgebildet wird. Die Daten entstammen dem repräsentativen Deutschen Sozioökonomischen Panel (GSOEP), einer großen Stichprobe von etwa 20.000 Personen aus etwa 10.000 Haushalten, die an jährlichen Wiederholungsbefragungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) teilnehmen. Gut 7.000 von ihnen sind erwerbstätig. Die übrigen Teilnehmenden können den Haushalten der Erwerbstätigen bzw. einer früher ausgeübten Erwerbstätigkeit zugeordnet werden. In anderen Ländern werden vergleichbare Paneluntersuchungen durchgeführt.

Unsere Abbildungen zeigen dieses Gesamtbild einmal als Ländervergleich (Abb. 1) und einmal als Zeitreihe (Abb. 2). Zusätzliche Differenzierungen aus einer laufenden Untersuchung werden hier nur indirekt herangezogen, da ich mich hier auf die großen Entwicklungen beschränken muss.

Abb. 1: Nationale Pfade der Differenzierung des Erwerbssystems
 Gliederung und Größe (in %) der siebzehn Berufsfelder nach Oesch (2006) im Ländervergleich: **Deutschland** (2000) - **Schweden** (2000) - **Vereinigtes Königreich** (1999). - (Frauenanteile in % der jeweiligen Kategorie in Klammern). Besonders hohe Prozentwerte sind **fett** hervorgehoben.

Qualifikationsrang	Arbeitnehmer									Selbstständige					
	Interpersonelle Arbeitslogik			Technische Arbeitslogik			Organisatorische Arbeitslogik			Selbstständige Arbeitslogik					
	∑ 26,9 (61)	33,1 (71)	25,7 (65)	∑ 36,1 (15)	30,2 (19)	27,1 (17)	∑ 27,2 (54)	21,8 (57)	35,6 (51)	∑ 9,9 (30)	14,9 (33)	11,5 (21)			
Professionen (Berufe mit Hochschulausbildung: 'akademische Berufe')	Soziokulturelle Experten (Höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- und Publizistikberufe)			Technische Experten (Ingenieur-, Informatik- und Architekturberufe)			Oberes Management (Höhere Verwaltungs-, Finanz- und Vermarktungsberufe)			Freie Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte usw.)			Grosse und mittl. Unternehmer (Industrie, Handel, Finanzen)		
∑ 19,3 21,9 23,8	4,8 (51)	5,1 (51)	4,4 (58)	4,5 (14)	5,9 (25)	3,8 (16)	7,3 (30)	7,7 (42)	12,2 (33)	2,2 (22)	2,0 (21)	1,6 (31)	0,5 (14)	1,2 (23)	0,8 (35)
Semiprofessionen (Berufe mit Fachausbildung: 'halbakademische Berufe')	Soziokulturelle Semiprofessionen (Erziehungs-, Sozialarbeits- und Therapiefachberufe)			Technische Fachleute (Computer-, Elektro- und Überwachungstechniker)			Unteres Management (Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Rechtsberufe)			Kleingewerbe mit Beschäftigten (Handel, Handwerk, Gastronomie, Landwirtschaft)					
∑ 22,8 25,5 19,7	6,7 (75)	7,9 (80)	5,9 (80)	4,9 (27)	6,0 (28)	3,6 (35)	8,1 (58)	8,2 (52)	7,5 (47)	3,1 (28)	3,4 (33)	2,7 (21)			
Lehrberufe (Berufe mit Fachlehre – 'skilled employees')	Qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Pflege-, Betreuungs- und Schönheitsberufe)			Qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker (Facharbeiter-, Elektro-, Mechaniker- und Handwerksberufe)			Qualifizierte Büro- und Verwaltungsfachkräfte (Büro-, Finanz- und Sekretariatsfachkräfte)			Kleingewerbe ohne Beschäftigte (Handel, Handwerk, Gastronomie, Landwirtschaft)					
∑ 30,5 29,6 33,8	4,3 (47)	9,4 (74)	6,1 (54)	13,1 (6)	8,6 (9)	9,9 (7)	9,0 (65)	3,2 (95)	11,4 (69)	4,1 (37)	8,4 (36)	6,4 (17)			
Angelernte (gering qualifizierte bzw. ungelernete Arbeitskräfte – 'routine employees')	Gering qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs- und Dienstpersonal)			Gering qualifizierte Arbeiter in Produktion und Transport			Gering qualifizierte Arbeiter in Land- und Forstwirtschaft			Gering qualifizierte Verwaltungskräfte (Kassierer-, Büro-, Boten- und Lagerberufe)			./.		
∑ 27,5 23,1 23,8	11,1 (62)	10,8 (73)	9,3 (67)	12,0 (20)	9,0 (18)	8,9 (23)	1,6 (26)	0,6 (10)	1,1 (6)	2,8 (68)	2,7 (74)	4,5 (60)			

↳ Zuordnung der Berufsgruppen (nach dem vierstelligen ISCO-Klassifikationssystem von 1988) zu den 17 Erwerbsklassen im Modell der horizontalen und vertikalen Aufgliederung der Berufsstruktur von Daniel Oesch (Coming to Grips with a Changing Class Structure, in: International Sociology, 21. Jg., 2006, H. 2). Datenbasis: Deutschland GSOEP 2000; Schweden LNU 2000; Großbritannien BHPS 1999. Aus: M. Vester/C. Teiwes-Kügler/A. Lange-Vester, Die neuen Arbeitnehmer, Hamburg 2007, S. 59.

Abb. 2: Abnahme der Facharbeiter und Fachangestellten und Zunahme der Hochqualifikation in den Arbeitnehmerberufen der BRD von 1990 bis 2007

- Verschiebungen zwischen den drei Sektoren der Arbeitnehmerberufe (Angaben des Anteils an allen Erwerbspersonen in der Kopfzeile)
- Verschiebungen innerhalb jedes Sektors zwischen den vier vertikalen Qualifikationsstufen (Angaben des Anteils am jeweiligen Sektor bei den Berufsgruppen)
- Vergleichszahlen der Qualifikationsstufen im technisch-industriellen Sektor: Schweden im Jahr 2000

	BRD (1990 bis 2007)	BRD (1990 bis 2007)	BRD (1990 bis 2007)	Schweden (2000)
Qualifikationsrang (nach am Arbeitsplatz erforderlichem Ausbildungsabschluss)	Interpersonelle Arbeitslogik (Humandienstleistungen) Sektor insgesamt: Zunahme von 23,6% auf 27,9% aller Erwerbspersonen (+ 4,3%)	Technische Arbeitslogik (industriell, ohne Landwirtschaft) Sektor insgesamt: Abnahme von 42,6% auf 32,3% aller Erwerbspersonen (- 10,3%)	Organisatorische Arbeitslogik (private und öffentliche Verwaltung) Sektor insgesamt: Zunahme von 24,9% auf 27,6% aller Erwerbspersonen (+ 2,7%)	Technische Arbeitslogik (industriell, ohne Landwirtschaft) Sektor insgesamt: 29,4% aller Erwerbspersonen
Professionen (Berufe mit Hochschulausbildung: 'akademische Berufe')	Soziokulturelle Experten (Höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- und Publizistikberufe) 16,1% → 17,6% (+ 1,5%)	Technische Experten (Ingenieur-, Informatik- und Architekturberufe) 10,3% → 17,6% (+ 7,3%)	Oberes Management (Höhere Verwaltungs-, Finanz- und Vermarktungsberufe) 24,5% → 28,6% (+ 4,1%)	Technische Experten 20,1%
Semiprofessionen (Berufe mit Fachausbildung: 'halbakademische Berufe')	Soziokulturelle Semiprofessionen (Erziehungs-, Sozialarbeits- und Therapiefachberufe) 21,2% → 32,6% (+ 11,4%)	Technische Fachleute (Computer-, Elektro- und Überwachungstechniker) 14,1% → 14,1% (+ 0%)	Unteres Management (Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Rechtsberufe) 29,3% → 30,1% (+ 0,8%)	Technische Fachleute 20,4%
Lehrberufe (Berufe mit Fachlehre – 'skilled employees')	Qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Pflege-, Betreuungs- und Schönheitsberufe) 45,8% → 33,3% (-12,5%)	Qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker (Facharbeiter-, Elektro-, Mechaniker- und Handwerksberufe) 48,8% → 40,1% (-8,7%)	Qualifizierte Büro- und Verwaltungsfachkräfte (Büro-, Finanz- und Sekretariatsfachkräfte) 34,1% → 30,4% (-3,7%)	Qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker 29,3%
Angelernte (gering qualifizierte bzw. ungelernete Arbeitskräfte – 'routine employees')	Gering qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs- und Dienstpersonal) 23,6% → 27,9% (+4,3%)	Gering qualifizierte Arbeiter in Produktion und Transport 26,8% → 26,6% (- 0,2%)	Gering qualifizierte Verwaltungskräfte (Kassierer-, Büro-, Boten- und Lagerberufe) 12,0% → 10,9% (- 1,1%)	Gering qualifizierte Arbeiter 30,6%

⇒ Zuordnung der Berufsgruppen (nach dem vierstelligen ISCO-Klassifikationssystem von 1988) zu den Erwerbsklassen im Modell der horizontalen und vertikalen Aufgliederung der Berufsstruktur von Daniel Oesch (Coming to Grips with a Changing Class Structure, in: International Sociology, 21. Jg., 2006, H. 2). Eigene Berechnungen auf der Datenbasis: des Sozioökonomischen Panels der BRD (GSOEP) 1990 und 2007 und Schweden (LNU) 2000 – Lesebeispiel: Von 1990 bis 2007 verringerten sich der Anteil der technisch-industriell tätigen Arbeitnehmer an den Erwerbspersonen der BRD um 10,3%; innerhalb dieser Kategorie nahmen die Facharbeiter usw. um 8,7% ab und die Ingenieure usw. um 7,3% zu, der Anteil der beiden anderen Gruppen blieb gleich.

□ 5. Hochqualifikation und Rückgang der Industriebeschäftigung

» Die berufliche Sozialstruktur ist in den hoch entwickelten Ländern grundsätzlich ähnlich, variiert aber in charakteristischen Spielräumen (Abb. 1). Die Ähnlichkeit ist eher durch die ökonomische Vernetzung bedingt, die Verschiedenheit eher von den jeweiligen politischen „Pfad“ abhängig. Überall haben die vier Qualifikationsstu-

zent und knapp 24 Prozent. Diese Zahlen sind der Beweis für eine gerade unter dem Druck der internationalen Konkurrenz anhaltend zunehmende berufliche Spezialisierung und Höherqualifizierung: die Kompetenzrevolution.

Um was für einen Trend handelt es sich dabei, und wie verträgt er sich mit der andernorts, aber gleichfalls mit den Daten dieses Panels festgestellten Prekarität?

Die Kompetenzrevolution unter kapitalistischem Vorzeichen hat vor allem ein erhebliches Schrumpfen der Beschäftigung im industriell-technischen Sektor nach sich gezogen. Von 1990 bis 2007 hat sie sich in Deutschland von 42,6 Prozent auf 32,3 Prozent aller Erwerbstätigen verringert (Abb. 2). Dieser Schwund ist, wie wir in einer vertiefenden Studie berechnet haben, auf ein enormes Schrumpfen der Gruppe der industriellen FacharbeiterInnen und FachhandwerkerInnen zurückzuführen, sie ist von 20,8 Prozent auf 13,2 Prozent aller Erwerbstätigen, also um ein Drittel gesunken. Dies beruht aber nicht auf einer Abwanderung zu den Geringqualifizierten. Diese haben ebenfalls abgenommen, von 11,4 Prozent auf 8,6 Prozent, also um ein Viertel.

Die Zahlen sind nicht Ausdruck des Bedeutungsverlustes, sondern der erheblich steigenden Kompetenz- und Produktivitätsniveaus der Industrie der BRD. Innerhalb des geschrumpften technisch-industriellen Sektors nehmen die Anteile der Hochqualifikation erheblich zu (Abb. 2). Die Geringqualifizierten stagnieren seit 1990 bei einem Viertel der industriell Arbeitenden. Die FacharbeiterInnen bilden mit rund 40 Prozent immer noch die bei weitem größte Teilgruppe des Sektors. Sie sind anteilmäßig kein „Auslaufmodell“, auch wenn dieser Anteil 1990 noch 8,7 Prozent größer war. Zugenommen haben dafür die Höherqualifizierten – allerdings nicht die FachtechnikerInnen (mit gleich bleibend 14,1 Prozent), sondern die IngenieurInnen und InformatikerInnen mit Hochschulabschluss, mit einem eindrucksvollen Anstieg um 7,3 Prozent auf 17,6 Prozent.

fen ähnliche Proportionen. Die FacharbeiterInnen und Fachangestellten bilden mit mehr oder minder 30 Prozent aller Erwerbstätigen noch die größte Gruppe. Sie sind auch zahlreicher als die An- und Ungelernten, die gleichwohl um 25 Prozent liegen. Beide zusammen bilden die Mehrheit der Erwerbstätigkeiten, aber nur noch knapp, und beide schrumpfen sogar (vgl. Abb. 2). Entsprechend sind die beiden oberen Gruppen der Hierarchie größer geworden als sie es je in der Geschichte des Kapitalismus waren. Die Semiprofessionen, die gewissermaßen ‚halbakademischen‘ Berufe, umfassen bereits zwischen knapp 20 Prozent und gut 25 Prozent. Die Professionen, die Berufe mit ‚vollakademischem‘ Hochschulabschluss, sind fast gleich groß geworden, nämlich zwischen knapp 20 Pro-



Foto: www.istockphoto.com; © Catherine Yeulet

□ 6. Das bisherige Produktionsmodell als Entwicklungsbremse

Im internationalen Vergleich ist diese Entwicklung allerdings sehr deutlich gebremst, wie ein Vergleich mit Schweden zeigt. Dort ist die Entwicklung zur Hochqualifikation bedeutend weiter. Die beiden hoch qualifizierten Gruppen bildeten 2000 in Schweden zusammen 40,5 Prozent, in Deutschland nur 27,2 Prozent der Beschäftigten des Sektors (berechnet nach Abb. 1). Es gibt nicht nur mehr IngenieurInnen und InformatikerInnen, auch der Anteil der fachgeschulten TechnikerInnen, der in Deutschland stagniert, ist höher (Abb.1/2). Entsprechend ist der Anteil der beiden unteren Qualifikationsgruppen in Schweden deutlich niedriger.

Um es zusammenzufassen: Unter dem Druck der internationalen Konkurrenz nimmt auch in der BRD das Qualifikationsniveau im technisch-industriellen Sektor anhaltend und stark zu. Dies war mit einer starken Erhöhung der Produktivität verbunden, wie es die von 1990 bis 2007 ebenfalls stark expandierenden Exporte beweisen. Aber diese Erfolge verdecken zwei Probleme:

- Die Entwicklung der BRD zur Hochproduktivität und Hochqualifikation bleibt gegenüber anderen Spitzenländern um ein Drittel zurück. Es ist also sehr gut begründet, wenn GewerkschaftsvertreterInnen in der jetzigen Krise eine Politik fordern, die die Umstellung auf Hochtechnologie, auf hochentwickelte neue Produkte für den Binnenmarkt fördert und mehr Chancen eröffnet, an höheren Bildungs- und Ausbildungswegen teilzunehmen.
- In jedem Falle, ob gebremst oder mehr gefördert, ist diese Entwicklung verbunden mit einer Abnahme der ArbeitnehmerInnen im industriell-technischen Sektor, denen bislang keine akzeptable Beschäftigungsalternative geboten wird. Den freigesetzten ArbeitnehmerInnen wird heute der Status einer Reservearmee von prekär Beschäftigten angeboten, die, nach ihrer Entlassung in der Krise, hauptsächlich nur auf einen

neuen Exportboom nach der Krise verwiesen werden. Ist dies die Dauerlösung, die mit dem Mythos der ewigen Exportweltmeisterschaft anvisiert wird?

Auch hier lohnt es sich, auf die Alternative zu blicken, die auf dem skandinavischen Pfad entwickelt worden ist: die ungehinderte Entwicklung der Humandienstleistungen. Unser internationales Vergleichsbild (Abb. 1) veranschaulicht es. In Schweden ist die Beschäftigung im technisch-industriellen Sektor um etwa sechs Prozent niedriger als in Deutschland, die Beschäftigung in den Humandienstleistungen um etwa den gleichen Prozentsatz höher. Sie lag 2000 in Schweden bei 33,1 Prozent, in Deutschland bei 26,9 Prozent. Offenbar kompensiert der Sektor der Humandienstleistungen den Beschäftigungsrückgang im technisch-industriellen Sektor.

Schauen wir genauer auf die Zahlen, so sehen wir noch eine andere Besonderheit der schwedischen Humandienstleistungen: Auf jeder der drei oberen Stufen der Qualifikation fanden mehr Menschen als in Deutschland Arbeit. Die Zahl war auf der Ebene der Fachberufe mit abgeschlossener Lehre sogar mehr als doppelt so hoch. Dies war nicht zuletzt ein Effekt des Gesundheitssystems, das viele Frauen, die sonst arbeitslos wären, als Krankenschwestern usw. beschäftigt und ihnen zusätzlich mehr Möglichkeiten bietet, sich über innerberufliche Weiterbildung auf die höheren Qualifikationsstufen des Sektors vorzubereiten.



Foto: www.istockphoto.com; © Alex Gumerov

□ 7. Konversion oder neue soziale Unruhe?

» Die Bremsung des Tertiärsektors hat, wie Hans-Peter Blossfeld errechnet hat, mit der Drosselung der Staatsausgaben schon unter Kanzler Schmidt begonnen; die Kostensenkungen sollten die industrielle Exportkraft des „Modells Deutschland“ erhöhen. Die Staats- und Konsumentennachfrage wurde gesenkt, um die Exporte zu verbilligen. Jetzt, da die weltweite Rezession die Exportnachfrage auf einem Sektor nach dem anderen einbrechen lässt, fehlt die ausgleichende Inlandsnachfrage. Denn die wirtschaftsliberale Sparpolitik hat zunehmend die Beschäftigtenzahl, die Gehälter und die Arbeitsqualität im Gesundheits-, Sozial-, Kultur- Bildungs- und Forschungssektor gesenkt. Durch den Grundsatz „billiger statt besser“ und den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften sind die Standards der Bildung, der Gesundheitsversorgung usw. zu Lasten der weniger privilegierten sozialen Schichten gesenkt worden. Die überlasteten Beschäftigten werden durch „Qualitäts“-Kontrollen zu mehr Leistung angetrieben. Fachfremde neue Kontrollbürokratien urteilen mit betriebswirtschaftlichen Kriterien über Leistungen, die nur mit der Fachkompetenz der Pädagogik, der Medizin, der Wissenschaft bzw. der Technologie beurteilt werden können. Der Preis ist schon lange die hohe politische Verdrossenheit der moderneren Milieus, die die Volksparteien viele Stimmen kostete.

Die Probleme der Humandienstleistungen und der Mangel an hochqualifizierten Fachkräften sind gut bekannt. Unabweisbar ist auch, dass die Regierung für die wirtschaftliche Wiederbelebung „Geld in die Hand nehmen“ muss. Da wäre doch ein Programm möglich, das den lange nötigen Investitions- und Beschäftigungsschub im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsektor, die Stärkung der sozial Schwachen, die ökologische Technologiewende und die Mobilisierung der Bevölkerung miteinander verbindet. Stattdessen wird die hilflose „Know-nothing“-Politik fortgesetzt.

Ein weiterer Autoritätsverfall der Regierenden ist mit der Fortdauer der Krise vorprogrammiert. Zu der Unruhe der Belegschaften, die bereits an zahllosen Orten mit gewerkschaftlicher und regionalpolitischer Unterstützung demonstrieren, können dann bald auch Bewegungen kommen, in denen sich die modernen, gut ausgebildeten Dienstleistenden des Bildungs, Gesundheits- und Sozialsektors stärker beteiligen.

Insgesamt ist die Zunahme der Forderungen zu beobachten, dem unter dem Neoliberalismus erstarkten Chefprinzip wieder mehr institutionelle Mitbestimmung und direkte Partizipation entgegenzusetzen. Aus den Erfahrungen der sechziger Jahre wissen wir, dass auf lokale Bewegungen auch übergreifende Bewegungen folgen können, die sich nicht mehr auf lokale Ziele der Beschäftigungssicherung beschränken. Die lähmende Fessel der Resignation und Apathie kann auch, wie immer wieder geschehen, an ihrer schwächsten Stelle reißen, bei der jüngeren Generation, die ihre Hoffnung auf eine Zukunft verraten sieht. Die lang anhaltenden griechischen Jugendunruhen von 2008 auf 2009 waren dafür eine Mahnung. ■



Foto: www.pixelio.de; © Christian Opitz

☞ Dr. phil. Michael Vester, geb. 1939 in Berlin, ist Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen. Letzte Buchveröffentlichung: Die neuen Arbeitnehmer (m. C. Teiwes-Kügler u.A. Lange-Vester), m.e. Vorwort von Berthold Huber, Hamburg 2007.

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:
112 Seiten, 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßigt: 30,00 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

60 Jahre NATO – Es reicht!

60 Jahre NATO – Es reicht! **Peter Strutynski**
Der Aufstieg: Deutschland und die NATO
Arno Neuber | NATO und Kolonialismus
Ernst Woit Die Welt in der Krise **Klaus
Wagener** | Das Krebsgeschwür NATO und
die Antwort der Menschheit **Emile
Scheppers/USA** | Zur Geschichte und Funk-
tion des NATO-Russland-Rats **Willi Gerns**
Sechzig Jahre NATO sind sechzig Jahre
zuviel **Toon Nagtegaal/NL** | Die soge-
nannte Münchner Sicherheitskonferenz –
Alter Hut auf neuen Köpfen **Walter Listl**
Auf der empirischen Suche nach der
Arbeiterklasse in der BRD – Vorläufige
Ergebnisse **Jörg Mieke** | Arbeiterklasse/
arbeitende Klasse in Deutschland Überle-
gungen zur Marxschen Klassentheorie
nach 160 Jahren Manifest **Ekkehard
Lieberam**

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: Neueimpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 154

Mit Steuern steuern

2009 - 174 S. - € 12,00



»(Die PROKLA) gehört
sicher zu den spannendsten
deutschen Zeitschriften im
Grenzbereich von Politik
und Sozialwissenschaft.«

Süddeutscher Rundfunk



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

SPD 2009 – Bereit für den neuen Fortschritt?

von Reinhold Rünker



Fotos: DL21, Archiv

» Das internationale kapitalistische System steht auf dem Prüfstand: ökonomisch, sozial, kulturell und letztlich hegemonial. Der Zusammenbruch des Casino-Kapitalismus und als dessen Resultat die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich zur tiefsten Rezession der letzten achtzig Jahre ausgeweitet. Und vergessen wir nicht: Die ökologische Uhr zeigt für viele ExpertInnen schon lange nach zwölf. Gleichzeitig erleben wir den ungebremsten Hunger von Millionen Menschen in den aufstrebenden Regionen dieser Welt nach dem ihnen zustehenden Anteil an der weltweiten Reichtumsproduktion. Schließlich: Die Menschen in den vielen Krisenregionen dieser Welt, den ökonomisch und sozial abgehängten Regionen, deren Ruf nach einem menschenwürdigen Leben im allgemeinen medialen und politischen Gewitter unserer Wohlstandsgesellschaften untergeht.

Wir erleben derzeit eine weitere Phase des kapitalistischen Transformationsprozesses. Eine neue Epoche kapitalistischer Regulation steht bevor – nicht jedoch der Zusammenbruch des Kapitalismus

als solchem. Mit der Krise des internationalen Casino-Kapitalismus sind auch dessen ideologischen Deutungs- und Mobilisierungskonzepte – etwa der Neoliberalismus, der Shareholder-Value, das „Privat-vor-Staat“ – in der Krise. Die Zeichen stehen auf Veränderung. Aber ob daraus Stimmen für eine sozialdemokratische und linke Politik werden, hängt eben auch davon ab, ob wir in der Lage sind, die Menschen zu überzeugen. Es kommt deshalb auch darauf an, dass die gesellschaftliche Linke nun neue Interpretationsmuster entwickelt, die ökonomisch sowie kulturell untermauert und tragfähig sind.

Vor diesem Hintergrund wirbt die Sozialdemokratie für einen neuen Fortschritt, für den Aufbruch in ein neues sozialdemokratisches Jahrzehnt. Das ist gut so, das ist richtig. Das erfordert aber auch eine glaubwürdige Ausrichtung der Programmatik und des politischen Handelns. Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut. Die Sozialdemokratie ist gefordert, den längst überfälligen Paradigmenwechsel weg von einem auf kurzfristigen Profit orientierten Finanzmarktkapitalismus hin zu einer neuen nach-

haltigen Weltwirtschaftsordnung konzeptionell zu entwickeln und politisch ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Themen wie Wirtschaftsdemokratie, der soziale Aufstieg ganzer Bevölkerungsgruppen, die Regulation des Finanzmarktkapitalismus sowie Industrie- und Wirtschaftssteuerung sind neu zu stellen. Wir müssen weg von der ausschließlichen Exportorientierung der deutschen Wirtschaft. Wir müssen die eigenen ökonomischen Potenziale im Binnenmarkt entwickeln. Statt eines neoliberalen „weiter so“ müssen die fortschrittlichen Kräfte den Primat der Menschen über den ungezügelt Markt stellen. Das ist die Richtungsentscheidung am Beginn des Wahljahres 2009:

□ Der neue Fortschritt erfordert einen handlungsfähigen Staat

» Der neue Fortschritt erfordert die Verfügung über öffentliche Güter: Wir wissen, dass Märkte der gesellschaftlichen Regulierung – national, wie international – bedürfen. Auch sozialdemokratische Politik hat in den zurückliegenden Jahren vielfältige Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlichen Vermögens und öffentlicher Dienstleistungen gemacht. Nicht alle Entscheidungen waren richtig, viele waren auch der ökonomischen Not geschuldet. Heute wissen wir: Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss die Verfügung über öffentliche Güter für alle sicherstellen. Und er darf nicht davor zurückschrecken, dort neu gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, wo privatwirtschaftliches Handeln offenkundig versagt. Öffentliche Aufgaben müssen in die gesellschaftliche Verantwortung genommen werden – effizient und im Sinne der Gemeinschaft. Es ist deshalb notwendig, auf die Privatisierung der Deutschen Bahn AG zu verzichten – zugunsten eines öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, der eine echte Alternative zum Individualverkehr mit Auto oder Flugzeug darstellt.

Wir brauchen den staatlichen Zugriff auf die Energienetze, wenn die Energiewende Realität werden soll. Die aktuelle Finanzkrise zeigt zudem, dass wir einen öffentlichen Finanzsektor brauchen,

der eben nicht ausschließlich nach Renditegesichtspunkten handelt, sondern den gesamten ökonomischen Sektor, die regionalen und branchenspezifischen Bedürfnisse im Blick hat. Ein Staat ist in dem Maße handlungsfähig, wie er mit finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache. Notwendig sind ein gesellschaftlicher Lastenausgleich sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Eine Schuldenbremse ist ökonomisch unsinnig und politisch gefährlich. Sie könnte das Ende jeder antizyklischen Wirtschaftspolitik bedeuten. Als SPD-Linke plädieren wir seit langer Zeit für einen „atmenden Haushalt“. Das wäre ein sozialdemokratisches Projekt, mit dem Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik wiedergewonnen werden kann.

Wir brauchen Handlungsfähigkeit im internationalen Maßstab. In der internationalen Finanzarchitektur ist die neoliberale Dominanz ungebrochen. Die Besetzungspolitik für diese Gremien kann nur durch die Demokratisierung der internationalen Strukturen verändert werden. Dazu ist es auch notwendig, die „Internationale der Beratungsgesellschaften“ zu brechen. Notwendig ist dafür eine erneuerte soziale europäische Union.

□ Der neue Fortschritt ist produktiv und schafft Werte

» Wir brauchen eine dritte industrielle ökologische Revolution. Der neue Fortschritt ist produktiv und schafft Werte. Wir gestalten die ökologische und soziale Dimension unserer Industriegesellschaft nachhaltig: Der Staat setzt als Pionier den Rahmen für neues Wachstum, indem er gezielt Innovationen für die Leitmärkte der Zukunft fördert, um die ökologische Krise zu überwinden und Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei ist der Maßstab des neuen Fortschritts nicht allein die quantitative Vermehrung von Werten, sondern ihr qualitativer Nutzen für die Gemeinschaft. Der neue Fortschritt setzt auf qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen, er steht im Gegensatz zur Abwärtsspirale aus Niedriglohn und prekärer Beschäftigung. Er steht für gute Arbeit und

angemessene Entlohnung. Auch für die Beschäftigung im öffentlichen Sektor sollen Spielräume geschaffen werden – für mehr hochwertige Dienstleistungen, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die Chancen für alle eröffnet. Dazu brauchen wir eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität. Wir wollen die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen. Wir brauchen mehr sozialpädagogische Fachkräfte, um frühzeitig auf die Gefahren, im Bildungssystem zu scheitern, reagieren zu können. Die geschaffenen Werte müssen neu umverteilt werden! Die Schere zwischen „arm“ und „reich“ ist in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen. Die gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist auch Voraussetzung für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung sowie für die persönliche Bereitschaft, durch eigenes Engagement in Bildung und Weiterbildung an der Produktion künftigen Reichtums mitzuwirken. Durch die Weiterentwicklung unseres Sozialstaats, etwa mit der Arbeitsversicherung oder der Bürgerversicherung, wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Kultur der Sicherheit schaffen, in der sich die unterschiedlichen Persönlichkeiten entfalten können.

□ Der neue Fortschritt wagt Demokratie

» Der neue Fortschritt lebt von überzeugten Demokratinnen und Demokraten, die in ihrer Freizeit am Gemeinwohl mitwirken. Die solidarische Bürgergesellschaft beteiligt die Menschen an der Lösung der sie betreffenden Probleme. Deshalb wollen wir eine neue Politik der Mitgestaltung, der Mitwirkung im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag: in den Betrieben und dem Lebensumfeld der Menschen, in den Quartieren und Bildungseinrichtungen und auf der Ebene der Kommunalpolitik. Der neue Fortschritt braucht die Lebendigkeit der Demokratie, die Reibung, aus der Neues entsteht, die Veränderung zum Besseren. Wir müssen wieder lernen, dass die Kontroverse,

der inhaltliche Streit Wesensmerkmal der Demokratie ist: „Durchregieren“ und der Vollzug von „Sachzwängen“ sind der Demokratie nicht nur wesensfremd, sondern zerstören auch jede Gemeinschaft. Eine demokratische Gesellschaft muss gleichwohl entscheidungsfähig sein. Eine Regierung muss für eigene Positionen werben, muss sie gesellschaftlich legitimieren und darf dies nicht durch den abstrakten Verweis auf „überdemokratische“ Zwänge delegieren. Erfolgreiches Regieren ist nicht die medial begleitete Exekution einer Entscheidung gegen alle Widerstände, sondern das Erreichen der Akzeptanz einer Entscheidung bei der Mehrheit der Menschen, die mit den Konsequenzen dieser Entscheidungen leben müssen. Regieren im neuen Zeitalter muss heißen, eine neue Kultur der politischen Auseinandersetzung zuzulassen und zu befördern. Die BürgerInnen müssen ihre bequemen Sessel verlassen. „Die Politik“ muss bereit sein, Foren zu bieten, sie muss eigene Positionen und Alternativen deutlich machen. Parteien müssen den Mut haben, sich zu unterscheiden – ohne dabei die notwendige Moderationsfähigkeit zu verlieren, die in künftigen Mehrparteien-Regierungen notwendig ist. Die „Öffentlichkeit“ muss sich der Mühe unterziehen, zwischen den unterschiedlichen Akteuren und ihren Interessen und Funktionen zu unterscheiden.

□ Probleme einer neuen hegemonialen Strategie

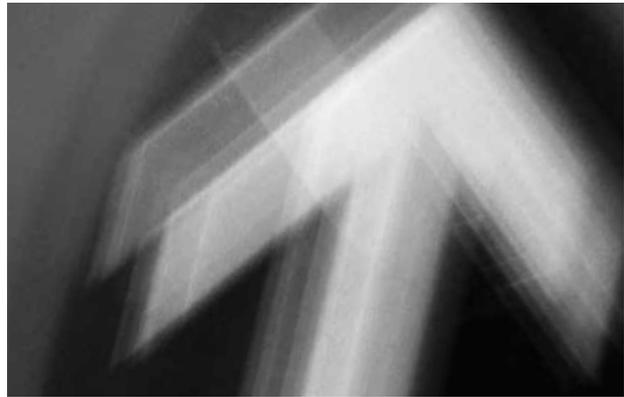
» Das wird ein Lernprozess sein, in dem auch deutlich wird, dass Demokratie ebenfalls in der vermachteten und privat dominierten Medienlandschaft auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Wer seine politische Kommunikation v.a. darauf konzentriert, BamS, Bild und Glotze zu gefallen, befördert zweifellos die Rückkehr des Menschen in eine selbstgenügsame Unmündigkeit. Eine solche Politik mochte in den 1990er Jahren punktuell funktioniert haben, heute ist sie geradezu reaktionär. Das gilt aber ebenso für das dünnhäutige Geschwurbel, das manche Elitebeflissene an den Tag legen. Ein hegemoniales Konzept der Linken muss am Alltagsbewusstsein, der Alltags-

erfahrung und der täglich erfahrbaren Gestaltungs- (ohn)macht der Menschen anknüpfen. Insoweit brauchen wir auch ein erneuertes Verständnis der politischen Akteure jenseits des politischen Technokraten einerseits oder des populistischen Volkstribuns andererseits. WählerInnen messen Politik am Handeln – ganz konkret, sei es vor Ort in der Kommunalpolitik, sei es auf Landes- oder Bundesebene. Sie messen es nicht nur an dem, was versprochen, sondern auch daran, was politisch durchgesetzt wird. Sie erwarten eine Perspektive, die ihre vielfältigen Lebensentwürfe sichert, ihre Zukunftsaussichten verbessert. Sie tun dies aber nicht abstrakt, sondern wollen dies mit Personen verbinden, die mit ihrer Leidenschaft, ihrer Kompetenz die Möglichkeit symbolisieren, ihre Erwartungshaltungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Davon ist die gesellschaftliche Linke derzeit parteiübergreifend noch weit entfernt. Im Wahljahr 2009 muss aber deutlich werden, dass es um Richtungsentscheidungen geht – und wer dabei auf welcher Seite steht. Zudem gilt zu beachten, dass eine hegemoniale Struktur nicht allein durch Medien und Parteien formiert wird, sondern es eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Gruppen gibt, die zu der Entwicklung eines neuen hegemonialen Bündnisses beitragen, sich dazu verhalten: z.B. die gesellschaftlichen Großgruppen wie Kirchen, Sozialverbände und Gewerkschaften, die alle noch immer über mehr Mitglieder verfügen als die Parteien selbst. Für eine alternative Hegemonie sind außerdem die wenig strukturierten, gesellschaftskritischen Gruppen von Bedeutung, die punktuell unter dem Sammelbegriff „attac“ Aufmerksamkeit erregen.

Die Parteien der gesellschaftlichen Linken haben hier unterschiedliche Zugänge, zum Teil aber haben sie diese auch verloren. Im Zuge der in den kommenden Monaten fortschreitenden hegemonialen Auseinandersetzungen – forciert durch die stärker auf die Lebensrealität der Menschen durchschlagende ökonomische und soziale Krise – müssen diese Zugänge wieder geöffnet oder neu geschaffen werden. Finden sich noch ausreichend gesellschaftliche Gruppen und Klassenfraktionen, ökonomische

und politische Eliten, die ein alternatives hegemoniales Bündnis schmieden können? Wird es ein hegemoniales Gegenkonzept geben, das wahlpolitisch überzeugt und auch die widerständigen Gruppen politisch gestaltungsfähig macht? Diese Fragen lassen sich mit Blick auf den Wahltermin am 27.09.2009 wohl noch nicht positiv beantworten. Wichtig ist aber, sie für kommende Auseinandersetzungen über den Wahltag hinaus zu bearbeiten.



Fotos: www.photocase.de; © visualworks

» Der Maßstab, an dem sich die Sozialdemokratie in diesem Wahljahr messen lassen muss, ist der, ob sie glaubwürdig ihre neoliberal beeinflusste Phase überwindet und programmatisch wie kommunikativ das neue sozialdemokratische Jahrzehnt, den neuen Fortschritt formuliert. Die Sozialdemokratie muss deutlich machen, dass sie nicht (mehr) Teil des neoliberalen Problems ist, sondern Teil der Lösung sein will. Dann wird sie die Möglichkeit haben, nach dem 27. September 2009 eine gestaltende Funktion einzunehmen. Ansonsten droht sie zwischen einem konservativ-liberalen Block einerseits und einem schlimmstenfalls retro-linken Block andererseits zerrieben zu werden. Die Formierung eines neuen Fortschrittsblocks würde damit aber auf lange Zeit zur Illusion werden. ■

☞ Reinhold Rünker, Bankkaufmann und Historiker, arbeitet als freiberuflicher Organisationsberater und ist Geschäftsführer des Forum DL21 e.V., er lebt in Leichlingen.